

Armin Schild
IG Metall Bezirksleitung Frankfurt
30.4.2011



Das ist das Mindeste!
Faire Löhne - Gute Arbeit - Soziale Sicherheit

1. Mai 2011, 11 Uhr
Kultur- und Kongresszentrum
Schloßstraße 1
Gera

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Gliederung:

Ende der Atomzeit – Anfang der Vernunft	Seite 3
Die nächste Krise verhindern – das Kasino schließen!	Seite 5
Für eine gerechtere Weltordnung!	Seite 6
Faire Löhne und Gute Arbeit auch bei uns!	Seite 7
Für Freizügigkeit in einem fairen Arbeitsmarkt!	Seite 10
Sozialstaatliche Hilfe statt sparen bei Hartz IV	Seite 11
Weg mit der Rente ab 67 /	
Für die solidarische Bürgerversicherung	Seite 12
Nazis´ raus!	Seite 13
„Es rettet uns kein höhere’s Wesen ...“	
– für eine soziale Bewegung der Solidarität	Seite 14

Ende der Atomzeit – Anfang der Vernunft

Erinnern wir uns: Es war der „Herbst der Entscheidungen“. Nach den Wahlen in NRW und scheinbar weit genug weg von den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Es war wenige Wochen, nachdem die steuerlicher Förderung für Solaranlagen massiv gekürzt worden war.

Es war Anfang September 2010.

In einer zunächst geheim gehaltenen Telefonkonferenz vereinbarte die Bundeskanzlerin, an ihrem zuständigen Umweltminister vorbei, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten für bis zu 14 Jahre. Am anderen Ende der Leitung saßen die Vorstandschefs der vier großen Energiekonzerne.

Am nächsten Tag wurde von den Atomparteien CDU, CSU und FDP die Laufzeitverlängerung für unser Land entschieden. Die vier Energiekonzerne freuten sich über 100 Milliarden Euro Extra-Profit – und steigerten seither die Strompreise munter weiter.

Und dann kam Fukushima!

Ein Erdbeben zertrümmerte das Lügengebäude von der Beherrschbarkeit der Kernenergie. Ein Tsunami spülte das Märchen von der Seriosität der Kraftwerksbetreiber ins verstrahlte Meer. Für die, die ihn jemals hatten, ist der Glaube an die Unabhängigkeit der Politik, mit den Brennstäben in Block 3 geschmolzen.

Und jetzt?

Nach der Katastrophe von Fukushima sind plötzlich alle schon immer für den Ausstieg gewesen.

Natürlich darf jeder darauf hoffen, als lernfähig eingeschätzt zu werden. Aber: Was wir heute wissen, wussten wir auch im September 2010! Hat es Tschernobyl nicht gegeben? Oder war Harrisburg ein Science Fiction Krimi?

Wusste schwarz-gelb im September 2010 vielleicht, wo der jahrtausende lang strahlende Müll verbuddelt werden soll?

Wer in einer Telefonkonferenz, ganz allein mit den Profiteuren, bei Nacht und Nebel, ohne Parlament, ohne unabhängige Experten, 100 Milliarden für die Kernenergie locker macht, die gefährlichste Technik der Menschheitsgeschichte, der muss jetzt mehr tun, als Ethikrunden einberufen!

Wie glaubwürdig ist sonst der energetische Richtungswechsel, in einem offenbar von EnergieLobbyisten regierten Land? Jeder weiß, es geht nicht nur um Milliarden von Moneten. Es geht auch um die Macht der Milliardäre.

An deren Macht hat Fukushima ja nichts geändert. Nur an der Offensichtlichkeit, mit der sie ausgespielt wird. Deshalb: Nicht das Ankündigen, sondern das Tun ist entscheidend.

Der ernsthafte Einstieg in eine verantwortungsvolle energetische Zukunft setzt mehr voraus, als die Hauptgewinner der bisherigen Energiepolitik, die vier mächtigen Energieversorger, den Bürgern, geben wollen.

Wenn der Atomausstieg ernst gemeint ist, ist er nicht mit Zustimmung der Energieoligopole zu machen. Dann muss er gegen sie durchgesetzt werden. Ein Systemwechsel, die Demokratisierung der Energieversorgung ist dazu nötig.

Eine wirkliche Energiewende muss einhergehen mit dem unverzüglichen und massiven Auf- und Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Ohne entsprechenden Zuwachs regenerativer Energie, würde Atom durch Kohle ersetzt. Die ohnehin bereits unvermeidlichen Klimaveränderungen würden durch vermehrten CO₂ Ausstoß noch angeheizt.

Wir kennen längst die Alternativen (wir in Deutschland vielleicht besser als viele andere): Windenergieanlagen, Solartechnologie und Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung und vieles mehr sind verfügbar. Das gilt nicht wegen, sondern gegen die Stromoligopole!

Doch es geht auch nicht darum, jetzt 20 Jahre lang auf Solarstrom aus der Sahara zu warten. Wer die Energiewende will, muss sie gegen die Oligopole durchsetzen. Die Zeit der Großkraftwerke ist vorbei. Wir wollen kleine, dezentrale Netze, die uns gehören und nicht den mächtigen Telefonpartnern der Kanzlerin.

Das ist die preiswertere Alternative und die wertvollste Konsequenz, die wir ziehen können, aus Trümmern, Leid und Milliardenkosten in Tschernobyl, Fukushima und dem Golf von Mexiko.

Wer sollte die Politik daran hindern, an den Kosten der Energiewende eben jene Energiekonzerne zu beteiligen, die an der fossilen und atomaren Vergangenheit ein Vermögen verdient haben? Wer sollte uns daran hindern, wenigsten ein paar der Milliardensubventionen die sie kassiert haben zurück zu fordern?

Den Weg zu dezentraler und erneuerbarer Energieversorgung jetzt entschieden zu gehen, erst in Deutschland, dann in der Welt, das wäre ein gutes Erbe für unsere Kinder.

Deutschland als Exportweltmeister für demokratisch-dezentrale und erneuerbare Energie. Das wäre ein Exportschlager, der den Menschen und der Menschheit wirklich helfen würde.

Wir brauchen, wir wollen den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Bis zu einer Million neuer Arbeitsplätze könnte entstehen.

Dazu müssen wir uns nur vom Lobbyismus befreien, der nicht nur die schwarz-gelbe Politik, diese aber in besonders unverfrohrer Weise, bestimmt. Wir müssen die Macht über unsere energetische Zukunft zurück zu gewinnen. Vier Stromkonzerne müssten sich auf neue Zeiten einrichten.

Es gibt Schlimmeres. Nicht nur die Menschen in Fukushima erleben es. Vor den Augen der Welt.

Die nächste Krise verhindern – das Kasino schließen!

Erinnern wir uns an die Schockphase der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Da wurden (teilweise von den gleichen Akteuren), in ähnlichen parteiübergreifenden Krisenrunden, unisono weitreichende Reform der Finanzmärkte, die Entmachtung von Banken und Ratingagenturen als unausweichlich erforderlich bezeichnet.

Bis heute wurde davon nichts umgesetzt. An den Finanzmärkten herrscht längst wieder Partylaune! Die Macht der Banken und Ratingagenturen erscheint sogar noch ausgeweitet.

Hedgefonds, Private Equities und Investmentbanken jonglieren wieder mit Finanzprodukten, hinter denen keine Werte stehen – dafür umso mehr Profitgier!

Demokratisch gewählte Regierungen in Griechenland, Irland, Portugal, sogar den USA, unterliegen vor unseren Augen dieser Macht. Es scheint zu stimmen, dass, wer den Sumpf austrocknen will, die Frösche nicht fragen darf?

Politik und Bürger müssen sich, egal ob auf den Finanzmärkten oder in der Energiepolitik, erst das Recht zurück erobern, unabhängig von den Interessen der Aktionäre von Tepco, RWE oder Deutscher Bank, über die eigene Zukunft (und die unserer Kinder) selbst entscheiden zu können.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank sagte kürzlich: 2010 war ein Jahr des Säens. 2011 solle ein Jahr des Erntens werden. Kaltschnäuzig genehmigen sich die Herrschaften gegenseitig unfassbare Millionengehälter und Phantasie – Boni.

Das gesamte Bildungspaket von Ursula von der Leyen kostet nicht die Hälfte der Bonuszahlungen, die sich in diesem Jahr die Vorstände der Aktiengesellschaften in Deutschland genehmigen. Längst ist jede Grenze überschritten; auch die der Scham! Sage und schreibe 135 Mrd. Dollar wurden alleine an der Wall-Street verjubelt.

Kommt uns das nicht bekannt vor? Wollen wir zuschauen, wie sie den Karren wieder in den Dreck fahren? Wollen wir noch einmal Rettungsschirme für Investmentbanker aufspannen, die uns Milliarden und Abermilliarden kosten?

Solange das Kasino geöffnet ist, werden Gier und Marktgläubigkeit der selbsternannten Wirtschaftselite nicht verschwinden.

Deshalb muss es geschlossen werden! Und das geht so:

- Harte Eigenkapitalquoten und Auflagen für alle Geldinstitute, um die Spekulationssummen zu begrenzen.
- Eine Finanztransaktionsteuer, um Spekulationsgewinne abzuschöpfen.
- das Verbot jener Finanzprodukte, die kein anderes Ziel haben, als aus Millionären Milliarden zu machen!
- Wenn diese schamlosen Bonus-Zahlungen nicht verboten werden können, dann sollten sie eben weggesteuert werden - über eine angemessene Vermögenssteuer!

Für eine gerechtere Weltordnung!

Eine erneute Finanzkrise wäre eine Katastrophe. Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen nicht erfunden - aber er hat sie erheblich vertieft.

Wir leben in einer Welt, in der die obersten 15 Prozent der Menschheit

- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beansprucht,

Dem unteren Fünftel der Menschheit stehen

- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- 4 Prozent der Energie
- Weniger als 3 Prozent des globalen Einkommens zur Verfügung.

Von Mangel an Nahrung und Trinkwasser ganz zu schweigen.

Ein „Imperium der Schande“ - so hat der langjährige UN-Berichterstatler Jean Ziegler diese Weltordnung genannt.

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität. Es geht uns um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Entrechtung hier bei uns – selbstverständlich! Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Nicht Menschenwürde und internationale Solidarität, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet und die Natur zerstört, ist ein Irrtum der Geschichte. Und deshalb wird es höchste Zeit, dass er von der geschichtlichen Bühne abtritt.

Faire Löhne und Gute Arbeit auch bei uns!

Doch, wer die Welt im Großen ändern will, der muss zu Hause anfangen.

Die Politik feiert einen neuen Aufschwung und niedrige Arbeitslosigkeit.

So als wären die Hartz Gesetze dazu gemacht worden, um in der Wirtschaftskrise Kündigungen zu verhindern. So als hätte Rainer Brüderle persönliche die chinesische Konjunktur angekurbelt.

Weder das eine noch das andere stimmt. Hartz wurde gemacht um am Arbeitsmarkt Niedriglöhne durchzusetzen. So wurde die Armut in die Arbeit geholt. Niedriglöhne, Leiharbeit und prekäre Arbeit sind auf dem Vormarsch. Und die Konjunktur in Deutschland fußt nahezu ausschließlich auf dem Wachstum in China, Brasilien, Indien und Russland.

Die Jahrhundertkrise hat tiefe Spuren hinterlassen: Milliarden und Abermilliarden sind in marode Banken gesteckt worden. Die gleichen Banken, die mit einem großen Teil dieses Geldes jetzt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen in Portugal, Spanien, Irland und Griechenland spekulieren.

Hierzulande haben, trotz Kurzarbeit, viele für die Krise teuer bezahlt: Mit Arbeitsplatzverlusten, mit Einkommenseinbußen, mit betrieblichem Sozialabbau und Nullrunden bei den Renten.

Hunderttausende von heute auf morgen gefeuerter Leiharbeiter können ein Lied davon singen, wie die angeblich so sozialen Unternehmer mit Arbeitskräften umspringen, die sich nicht wehren können. Nur durch das unermüdliche Engagement tausender Betriebsräte haben viele Unternehmen die Krise überstanden.

Jetzt fahren die Unternehmen in den Exportbranchen wieder satte Gewinne ein.

Etwa die 30 Dax-Konzerne:

- 2010 haben sie einen Rekordgewinn von 97 Milliarden Euro eingefahren; 66 Prozent mehr als im Vorjahr;
- 25,6 Milliarden haben sie an ihre Aktionäre ausgeschüttet – ein Plus von 28 Prozent,
- und die Vorstandsvorsitzenden kassierten im Durchschnitt über 4 Mill. Euro; das sind 16 Prozent mehr als im Vorjahr.

Sozialpartnerschaft war gestern - da brauchten sie uns wegen der Krise. Heute machen sie wieder knallharte Interessenpolitik. Wo neue Arbeitsplätze entstehen, sind es zumeist befristete, unsichere und schlecht bezahlte.

Vor allem Berufseinsteiger werden jahrelang in eine Kette aus unsicheren Arbeitsverhältnissen gezwungen. Wie sollen die jungen Menschen sich ihr Leben aufbauen, wenn sie in Unsicherheit gehalten werden? Wie sollen sie eine Familie gründen, wenn ihnen die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust im Nacken sitzt?

Wer keinen festen Arbeitsplatz hat, kriegt doch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse!

In diesem Land wird eine ganze Generation junger Menschen um ihre Zukunft betrogen. Über 40% der unter 30-jährigen ist prekär oder gar nicht beschäftigt.

Die Jugend darf nicht zur „Generation Prekär“ werden! Sie hat ein Recht auf gute Ausbildungsplätze und eine gesicherte Übernahme! Sie hat ein Recht auf eine sichere Zukunft!

Und wir werden sie morgen als Fachkräfte brauchen!

Arbeit galt einmal als Quelle von Wohlstand für alle. Heute ist sie Quelle von Armut für viele. 20 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor, mitunter zu Löhnen von 3, 4 oder 5 €- amerikanische Verhältnisse in Deutschland! Immer mehr Menschen brauchen Hartz IV – trotz Arbeit.

Die Zahl der Leiharbeiter hat die Million-Grenze überschritten.

Derzeit sind laut BA etwa 30.000 ThüringerInnen als LeiharbeiterInnen tätig. Der Anteil der Beschäftigten in der Leiharbeitsbranche an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in Thüringen höher als in Ostdeutschland (2,8%) und bundesweit (2,5%). In Gera ist die Leiharbeitsquote mit 9,2 % am höchsten in ganz Thüringen. Nur in etwa einem fünftel der Betriebe wird nicht kontinuierlich auf Leiharbeit gesetzt.

So kann, so darf das nicht weitergehen. Das sieht auch die Mehrheit der Menschen in Thüringen so. Eine Umfrage des Wirtschaftsministeriums hat ergeben:

- 63 Prozent beklagen, dass sich sowohl Löhne und Gehälter als auch das Angebot an unbefristeten Arbeitsplätzen zum Negativen entwickeln
- 91 Prozent halten niedrige Löhne für den falschen Weg, damit die Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt
- 39 Prozent ist die Begrenzung der Leiharbeit der wichtigste Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik.

Die Menschen wollen endlich wieder Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Hungerlöhne, Lohndumping und Leiharbeit sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft – sie sind ein sozialstaatlicher Skandal. Deshalb fordern wir: Schluss mit den Zwei-Klassen-Belegschaften in den Betrieben!

Gleiche Arbeit, Gleiche Rechte, Gleiches Geld - das muss sein!

Her mit gesetzlichen Mindestlöhnen! Unter 8,50 Euro die Stunde darf nichts gehen. Der Lohn muss zum Leben reichen, alles andere ist würdelos.

Der Vorstoß der thüringischen Landesregierung, Betriebe mit extrem hohen Leiharbeitsquoten aus der Wirtschaftsförderung auszuschließen ist deshalb keine Bestrafungsaktion, sondern Notwehr. Die IG Metall begrüßt diesen richtigen Ansatz für eine ordnungspolitische Umsteuerung im Interesse der Steuerzahler und der Zukunft des Landes.

Auf Kosten des Steuerzahlers Leiharbeit zu Lasten der Stammbeschaften auszuweiten, wird Thüringen auch in Zukunft nicht helfen.

Wenn nun ein Teil der Arbeitgeberfunktionäre und drei IHK Hauptgeschäftsführer – auch die IHK hier in Ostthüringen - öffentlich Front machen gegen die Neuordnung der Wirtschaftsförderung, dann wütet hier kurzsichtiger Lobbyismus, der über die Interessen des Landes, der Menschen und der Thüringer Wirtschaft gestellt wird.

Erst kürzlich hat das Bundesverwaltungsgericht in Stuttgart die IHK ermahnt und den politischen Äußerungen von IHK Grenzen gesetzt. Die Kammermitgliedschaft ist eine Zwangsmitgliedschaft. Und daher haben die Kammern kein umfassendes politisches Mandat.

Wir brauchen einen konstruktiven und respektvollen Dialog. Dies hilft Thüringen mehr als Blockade und Lobbyismus.

Die zehn profitabelsten Industriekonzerne erzielten im letzten Jahr Nettogewinne von zusammen 41 Milliarden Euro. Das sollte sie unabhängig machen von Staatshilfe. Doch weit gefehlt: Jeder von ihnen beantragt und bekommt regelmäßig staatliche Subventionen.

Großkonzerne wie Mittelständler erhalten jährlich 3,5 Milliarden Euro als direkte Finanzhilfen für Projekte aus den Bundesministerien für Wirtschaft, Forschung, Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft. Insgesamt 18945 meist kleine Projekte fördert der Bund, wie sich dem offiziellen Förderkatalog entnehmen lässt.

Allein an die zehn profitabelsten Dax-Industriekonzerne zahlt der Bund für diverse Forschungs-, Markteinführungs- und Energieeffizienzprojekte 340 Millionen Euro - exklusive möglicher Steuervergünstigungen.

Diese sind, dem Steuergeheimnis sei Dank, für die Außenwelt unsichtbar.

Nur der Gesamtbetrag der Steuervergünstigungen ist bekannt. Er beläuft sich auf zehn Milliarden Euro pro Jahr. Das wiederum sind nur die Gelder, die die Firmen indirekt oder direkt vom Bund bekommen. Hinzu kommen jährlich fünf Milliarden von den Bundesländern und knapp elf Milliarden Euro von der EU.

Die Unternehmen verweisen unisono darauf, dass sie sich keineswegs trickreich aus der Steuerkasse bedienen, sondern nur das nehmen, was der Staat ihnen auf dem Silbertablett serviert. (Handelsblatt v. 26.4.11)

Für Freizügigkeit in einem fairen Arbeitsmarkt!

Ein fairer Arbeitsmarkt ist gerade auch mit Blick auf die neue Arbeitnehmerfreizügigkeit unverzichtbar. Sie gilt ab heute für ganz Europa.

Viele befürchten Konkurrenz und Lohnrückerei. Und viele Unternehmen warten schon auf die Billig-Arbeit aus Osteuropa.

Die Einen müssen wir schützen. Den Anderen einen Strich durch die Rechnung machen! Klar ist: Europa braucht klare Regeln und Mindeststandards! Wir sagen Ja zur Freizügigkeit. Nein zu Ausbeutung und Lohndumping! Wir wollen faire Löhne in einem sozialen Europa!

Wir wollen eine strikte Überwachung derer, die Vermittlung und Verleih von Arbeit betreiben.

Und die, die fern von ihrer Heimat für sich und ihre Familien eine Perspektive suchen, die heißen wir herzlich Willkommen! Doch gerade hier in Thüringen wissen wir, dass die Abwanderung der jungen und qualifizierten langfristigen Schaden anrichtet. Der Osten ist vor allem von Abwanderung der jungen Menschen betroffen.

Jetzt lesen wir, dass deutsche Betriebe in osteuropäischen Ländern nach Azubis und Fachkräften suchen. „Unsere Unternehmen sind auch in Osteuropa inzwischen aktiv auf der Suche nach Lehrstellenbewerbern. Die Betriebe unterstützen osteuropäische Bewerber bei Sprachkursen“, sagte Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH).

Unsere Vorstellung von Europa ist nicht, ein wanderndes Heer von Billigarbeitskräften. Wir wollen ein faires, sozialstaatliches Europa, dass die Menschen nicht zwingt aus Not ihre Heimat zu verlassen.

Sozialstaatliche Hilfe statt sparen bei Hartz IV!

Europa steckt in einer Schuldenkrise. Viele fürchten um die Stabilität des Euro.

Auch bei uns haben milliardenschwere Rettungsprogramme für Banken und Konjunktur Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen. Viele Kommunen sich schlichtweg pleite.

Herausforderungen gibt's genug – aber wie sieht die Antworten der Politik aus?

Privilegienschutz für die Krisenverursacher und Sozialabbau für die Krisenopfer – so lautet ihre Devise! Sage und schreibe 30 Milliarden kassiert das sogenannte Sparpaket bei Langzeitarbeitslosen und Familien ein. Selbst der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld für Arbeitslose wurde gestrichen!

Und dann diese schändliche Entscheidung zu Hartz IV:

- Fünf Euro bzw. drei Euro mehr für Erwachsene;
- Die Regelsätze für Kinder bleiben unverändert.
- Und das Bildungspaket ist hübsch verschnürt, doch was drin ist und wie man ran kommt, das scheint ein Geheimnis von Frau von der Leyen zu sein.

Die Begründung für alles das? Die Einkommen der Niedrigverdiener seien auch nicht stärker gestiegen, hieß es.

Das ist dreist und zynisch! Erst fördert die Politik Leiharbeit, Minijobs und Niedriglöhne. Dann begründet sie damit mickrige Hart IV-Leistungen!

Banken und Energiekonzerne kriegen Milliarden hinterher geworfen. Bei der Umsetzung eines Verfassungsauftrages entdeckt man wieder die Haushaltszwänge.

Das ist unanständig! Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihren Anspruch auf Solidarität. Die sozialstaatliche Antwort auf Niedriglöhne heißt nicht sparen bei Hartz IV. Sie heißt: Schluss mit Dumpinglöhnen und her mit Leistungen, die für ein menschenwürdiges Leben der ganzen Familie reichen!

Das ist machbar, das ist notwendig und davon werden wir nicht lassen!

Weg mit der Rente ab 67 / Für die solidarische Bürgerversicherung

Solidarität ist auch die richtige Antwort auf die Probleme der Alterssicherung. Eine fatale Koalition aus Politik und Kapital hat in den letzten Jahren schweren Schaden angerichtet.

Die Rente ab 67 ist aus den Schlagzeilen verschwunden, aber da werden wir sie wieder hinbringen. Sie ist und bleibt eine grandiose Fehlentscheidung in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik.

Ihre Folgen werden nicht sein: Längere Lebensarbeitszeiten und mehr Ältere in den Betrieben!

Die Folgen werden sein: Mehr ältere Arbeitslose und gekürzte Renten!

Wir bleiben dabei: Die Rente ab 67 löst keine Probleme, sie schafft viele neue. Die Rente ab 67 muss weg!

Auch in der Krankenversicherung läuft vieles schief. Angela Merkel hat das Gesundheitsministerium der FDP ausgeliefert - und damit an die Lobby der Ärzte, der Apotheken und der Pharmaindustrie. Auch die werden jetzt bedient – schamlos und umfassend.

Die Kostenbremsen für ihre Einkommen werden gelockert, sie können auch in Zukunft ordentlich zulangen. Die Arbeitgeber haben davon nichts zu befürchten; ihre Beiträge werden eingefroren.

Und wir werden zu den Zahlmeistern des Systems! Wir müssen Leistungseinschnitte in Kauf nehmen, oder durch weitere, einseitige Zuzahlungen die Finanzmittel aufbringen, aus denen sich dann Ärzte, Apotheker und Industrie bedienen.

Das ist Klientelpolitik pur – zu unseren Lasten. Dem müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Wenn Herr Dr. Rösler weiter daran arbeiten will, die FDP zu ruinieren, dann soll er das tun – da wünsche ich ihm viel Erfolg!

Aber wenn er das gleich mit der solidarischen Krankenversicherung treibt, dann gibst nur eine Antwort: „Nicht mit uns, Herr Doktor!“ Gesundheit ist keine Ware.

Und unser Gesundheitssystem ist kein Selbstbedienungsladen für Lobbyisten! Finger weg von der sozialen Krankenversicherung! Unsere Antwort heißt: Solidarische Bürgerversicherung!

Wir fordern:

- Ein Solidarsystem für alle - alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Krankenversicherung.
- Statt weiteren Vergünstigungen für Wirtschaft und Lobbyisten - Wiederherstellung der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern;

Wer stärkere Schultern hat, kann auch mehr tragen - Einkommensstarke und Vermögende sollen

Nazis raus!

Solidarität und soziale Sicherheit sind unverzichtbar für eine gute Gesellschaft. Aber sie sind auch Stützen der Demokratie. Wo sie wanken, geraten Demokratie und Toleranz in Gefahr.

Immer wieder suchen Nazi-Aktivistinnen hier ihre Chancen. Sie wollen auf der Flamme der sozialen Ängste der Menschen ihre braune Suppe kochen. Im Westen, im Osten und leider auch in Thüringen.

Daher rufe ich Euch auf: Lasst euch nicht einschüchtern. Wie wehren uns gemeinsam. Dieses Land und diese Stadt gehört nicht den Braunen! Geduldete Naziaufmärsche sind kein Gebot der Demokratie, sie sind ein politischer Skandal!

Der Rechtsstaat soll Menschenrechte und Demokratie schützen, nicht ihre Feinde! Die NPD, die gehört verboten – und zwar sofort!

Viele haben Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn getauscht. Sie verbergen ihre brutale Botschaft hinter geschliffener Rhetorik. Faschismus hat so wenig mit sozialer Gerechtigkeit zu tun wie Auschwitz mit freier Arbeit!

Entlarven wir ihre Lügen! Nazis sind keine Sozialarbeiter! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Wir sagen Nein zu Menschenverachtung und Hetze gegen Minderheiten.

„Es rettet uns kein höhere's Wesen ...“ – für eine soziale Bewegung der Solidarität

Die Zeiten sind schwierig und viel gibt's zu tun.

Für wichtige Ziele gilt es zu streiten:

- Für einen solidarischen Sozialstaat;
- für eine sichere Zukunft - ohne AKWs;
- und für eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen!

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Vor 20 Jahren sind die Gewerkschaften des DGB hier in Gera aufgebaut worden. Ein breites gesellschaftliches Bündnis der Solidarität haben wir geknüpft und tun es auch heute.

Wir haben gewonnen aber auch verloren. Wir haben gelernt, dass unser gemeinsames mutiges Handeln das einzige Gegengewicht darstellt, gegen Willkür und Lobbyismus der Mächtigen und Kurzsichtigkeit der Gierigen.

Wir haben gelernt, den Kampf für unsere Interessen müssen wir selber führen.

Die Bedingungen sind gar nicht so schlecht. Ja, wir erfahren viel Zuspruch für unseren Kampf um Gute Arbeit, gesellschaftliche Solidarität und soziale Demokratie.

Als Gewerkschaftsbewegung müssen wir dabei immer das Kleine mit dem Großen verbinden. Den Kampf um das Teewasser, mit dem, um die Macht im Staat. Ja, wir haben den Anspruch für ein weitergehendes Ziel anzutreten, als für sichere Jobs und gute Löhne.

Das sind wichtige, unverzichtbar Ecksteine. Doch das Haus, das wir bauen wollen, ist die Heimat einer Zivilgesellschaft, in der Solidarität und Humanität nicht gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Für dieses Ansinnen ist die Arbeiterbewegung seit jeher eingetreten. Es ist unser altes Ansinnen. Aber zugleich ist es das aktuellste, wichtigste und beste Ziel das es gibt.